

Kleine Anfrage 133

des Abgeordneten Jürgen Maresch
Fraktion DIE LINKE

an die Landesregierung

Videoüberwachung des Innenstadtbereiches in Guben

Aus der Lokalpresse war im November 2009 zu entnehmen, dass durch die Polizei in Guben ab Januar 2010 eine Überwachung des zentralen Platzes am Rathaus durch Videokameras geplant ist. Dieses Vorhaben hat bei den Gubener Bürgerinnen und Bürgern Irritationen ausgelöst und Fragen zum sicherheitspolitischen Status ihrer Stadt aufgeworfen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann ist die Entscheidung zur Einrichtung dieser Videoüberwachungsanlage in Guben gefallen?
2. Auf welcher Grundlage wurde diese Entscheidung getroffen?
3. Warum wurde für die Realisierung des Überwachungsvorhabens der Platz am Rathaus ausgewählt?
4. In welcher Form und zu welchem Zeitpunkt ist die Beteiligung der Stadt Guben bei der Planung und Durchführung dieser Überwachungsmaßnahme erfolgt?
5. Was geschieht mit den durch die Überwachung gewonnenen Daten, durch wen und wie erfolgt die Auswertung?
6. Wie ist der Einsatz der Videoüberwachung in das lokale Konzept zur Kriminalitätsbekämpfung eingebunden?
7. Wie ist eine kontinuierliche Überwachung der Bildschirme gesichert?
8. Welche Kosten sind im Zusammenhang mit dieser Videoüberwachungsmaßnahme entstanden?

Datum des Eingangs: 27.01.2010 / Ausgegeben: 27.01.2010